



Peter Wahl,
Buchautor,
Friedensaktivist

Neue Weltordnung und die Entwestlichung der Welt

Zu Ursachen und Dimensionen der deutschen Zeitenwende

Peter Wahl

Epochenbruch, Zeitenwende, die Welt ist aus den Fugen – so und ähnlich lauten quer durch die politischen Lager die Diagnosen über die atemberaubenden Umwälzungen im internationalen System – und deren Konsequenzen auf unsere Gesellschaft, unseren Alltag. Vielen erscheinen die Veränderungen als das reine Chaos. Verunsicherung und Angst machen sich breit.

Hinzu kommt, dass »wir«, nämlich der Westen, und mit ihm Deutschland, in besonderem Maße be- und getroffen sind. In China und manchen anderen Teilen Asiens erleben die Menschen ebenfalls Umbrüche – ökonomische, technologische, kulturelle –, die aber eher positiv als Aufbruch, Aufstieg und Fortschritt erlebt werden.

Insofern ist die Krisenwahrnehmung sehr von einer westlichen Perspektive geprägt. Und das ist kein Zufall, denn der Motor der Veränderungen ist der wirtschaftliche, technologische und geopolitische Aufstieg von China, die weltpolitisch zunehmende Bedeutung Indiens und anderer Länder des globalen Südens. Hinzu kommt die Renaissance Russlands als Großmacht.

Aus diesen Veränderungen entsteht eine neue, multipolare Weltordnung. Der Westen ist darin nicht mehr die alles dominierende Kraft. Die USA sind zwar gegenwärtig noch stärkste Supermacht und werden es auch noch eine Weile bleiben, aber sie haben ihre Monopolstellung verloren. Das ist ein relativer, kein absoluter Abstieg. Die EU und Deutschland aber kämpfen in der neuen Weltordnung derzeit verzweifelt um einen Platz an der Sonne.

Insofern sind die Zeiten, die wir gerade erleben, tatsächlich von historischer Tragweite. Niemand der heute Lebenden kennt aber eine multipolare Welt aus eigener Erfahrung. Wir befinden uns mitten im reißenden Fluss atemberaubender Veränderungen. Es stellen sich viele neue Fragen, auf die Antworten erst noch gefunden werden müssen. Das gilt auch für linke, emanzipatorische Politik.

Zur politischen Ökonomie des geopolitischen Umbruchs

Die Krise ist in erster Linie eine Krise des Kapitalismus im Westen. Es ist keine konjunkturelle, zyklische Krise, wie sie in einer profitgetriebenen Ökonomie regelmäßig auftritt, sondern eine strukturelle Krise, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erfasst. Sie kreuzt sich zudem mit

einer Revolution der Produktivkräfte. Digitalisierung, künstliche Intelligenz und alles was damit zusammenhängt, bilden die vorderste Front der Technik im zeitgenössischen Kapitalismus. Die Auswirkungen dürften mindestens ähnlich weitreichend sein, wie seinerzeit die Dampfmaschine. Dadurch entsteht eine besondere Brisanz in den internationalen Konkurrenzverhältnissen, denn der bisher noch offene Ausgang des technologischen Wettlaufs wird enormen Einfluss auf den Verlauf der geopolitischen Transformation haben.¹

Der zentrale Treiber des Umbruchs ist – wie könnte es für den Kapitalismus anders sein – die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Weltwirtschaft. Das wird deutlich am wichtigsten Indikator für wirtschaftliche Stärke, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). In unseren Medien wird es meistens nominal, d. h. nach Wechselkursparität der Währungen dargestellt. Demnach liegen die USA nach wie vor an der Spitze. Zwar kommt dann China auf Platz zwei, aber auf dem dritten Platz folgen schon Deutschland und die übrigen G7-Länder. Russland liegt – schön zum Klischee von der »Tankstelle mit Atomraketen« passend – auf Platz 11 (siehe Tabelle 1, nächste Seite). Da scheint die Welt noch in Ordnung.

Ganz anders beim Ranking nach Kaufkraftparität (KKP). Hier ist China bereits die Nummer eins. Weiterhin auffällig ist, dass Russland in KKP die viertstärkste Volkswirtschaft ist, vor Japan und Deutschland, das vom dritten auf den sechsten Platz absteigt)

Wie kommen die Unterschiede zustande? Die herkömmliche Berechnung des BIP nach Wechselkurs zum US-Dollar berücksichtigt nicht die Tatsache, dass die Preise für Waren und Dienstleistungen in unterschiedlichen Volkswirtschaften unterschiedlich sind. Deshalb haben auch IWF, und Weltbank KKP als Korrekturfaktor für die Berechnung des BIP eingeführt.

Eine populäre Erklärung für diese Methode ist der sog. *Bic-Mac-Index*. So ist die Frikadelle im Pappbrötchen überall in der Welt gleich – gleicher Geschmack, gleiches Gewicht. Aber in New York kostet sie 4,80 Dollar, in Oslo 8,20 Dollar (in norwegischen Kronen), in Neu Delhi dagegen nur 2,10 Dollar (in Rupien). Der Grund: Fleisch, Zutaten, Transport- und Lohnkosten etc. sind in Norwegen viel teurer als in Indien. Das gilt auch für alle anderen Güter und Dienstleistung aus vorwiegend inländischer Produktion – bis hin zu Panzern und Kampfflugzeugen.²

Der zentrale
Treiber des
Umbruchs

1 Die auch unter Linken und Marxisten umstrittene Einordnung der chinesischen Gesellschaftsordnung kann dabei vernachlässigt werden, denn unter den geo-ökonomischen Verhältnissen ist China in seiner Außenwirtschaftspolitik unabhängig von seiner inneren Verfasstheit gezwungen, sich weitgehend an die Logik einer kapitalistischen Weltwirtschaft anzupassen.

2 Robertson Peter (2021): *Debating defence budgets: Why military purchasing power parity matters*. <https://cepr.org/voxeu/columns/debating-defence-budgets-why-military-purchasing-power-parity-matters>.

Tabelle 1: BIP der 15 größten Volkswirtschaften – in Wechselkurs- & Kaufkraftparität 2024 (in Billionen USD, lfd. Preise)

nominal		in KKP	
1	USA 29.18	1	China 38.15
2	China 18.75	2	USA 29.18
3	Deutschland 4.66	3	Indien 16.19
4	Japan 4.03	4	Russland 6.90
5	Indien 3.90	5	Japan 6.53
6	Großbritannien 3.64	6	Deutschland 6.00
7	Frankreich 3.16	7	Brasilien 4.73
8	Italien 2.37	8	Indonesien 4.67
9	Kanada 2.24	9	Frankreich 4.36
10	Brasilien 2.17	10	Großbritannien 4.29
11	Russland 2.16	11	Italien 3.61
12	Korea Rep 1.87	12	Türkei 3.46
13	Mexiko 1.85	13	Mexiko 3.32
14	Australien 1.80	14	Korea Rep. 3.24
15	Indonesien 1.46	15	Kanada 2.62

Quelle: IWF

An den beiden Indikatoren haben wir ein schönes Beispiel für den Zusammenhang von Statistik und Ideologie. Aber unabhängig davon, ob man in Wechselkurs- oder Kaufkraftparität rechnet, das Zentrum der Weltwirtschaft hat sich auf jeden Fall bereits vom transatlantischen Raum nach Asien verschoben. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahrzehnten weiter verstärken.

Das Bild ließe sich mit vielen weiteren Indikatoren untermauern, so z. B. durch die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens, der Lebenserwartung bis hin zu Patentanmeldungen im High-Tech-Bereich u. v. a. m. Nach 500 Jahren Kolonialismus, Imperialismus und neokoloniale Abhängigkeit der »Dritten Welt« endet die Herrschaft des weißen Mannes und – hallo Frau Baerbock – der weißen Frau über den ›Rest der Welt‹. Das ist die eigentliche Zeitenwende.

Die USA haben die Tragweite der Veränderungen durchaus erkannt. Schon in der Parole *Make America Great Again* – *MAGA* wird das deutlich: wenn man etwas *great again* machen will, heißt das, dass es gegen-

Die Reaktion
der USA auf
den Verlust
ihrer geo-
politischen
Monopol-
stellung

wärtig nicht so *great* ist, wie man es gerne möchte. MAGA ist daher zur obersten Maxime der US-Außenpolitik wie der Innenpolitik geworden. So heißt es schon im Vorwort der offiziellen Sicherheitsstrategie: *»Bei allem, was wir tun, kommt Amerika zuerst.«*³

Dabei ist die Reaktion Washingtons durch eine Dialektik von Kontinuität und Bruch gekennzeichnet. So ist es keineswegs neu, dass die USA ihre Machtressourcen für die Durchsetzung ihrer Interessen erpresserisch einsetzen – auch völkerrechtswidrig und mit Gewalt. Von den Kriegen in Korea, Vietnam, über Interventionen in Kuba, bis hin zu den Kriegen in Jugoslawien, im Irak und Afghanistan reicht die Kette einschlägiger Beispiele. Wenn Kritik an den USA jetzt hierzulande *Mainstream* wird, so darf darüber nicht vergessen werden, dass die herrschende Politik im Westen mit wenigen Ausnahmen die US-Außenpolitik immer gerechtfertigt, oft sogar aktiv dabei mitgemacht hat. Erst seitdem man selbst zur Zielscheibe geworden ist, dämmert es in Politik und Publizistik, wie Big Brother jenseits des Atlantiks gestrickt ist.

Neu ist dagegen, dass der Wandel der Weltordnung als unvermeidlich anerkannt wird. So sagte z. B. Außenminister Rubio: *»Es ist nicht normal für die Welt einfach eine unipolare Macht zu haben. Das war eine Anomalie. Es war ein Ergebnis des Kalten Krieges, aber letztendlich wird man zu einem Punkt zurückkehren, an dem man eine multipolare Welt hatte, mit mehreren Großmächten in verschiedenen Teilen des Planeten. Damit sind wir jetzt mit China und in gewissem Maße auch mit Russland konfrontiert.«*⁴

Allerdings will man auch in der neuen Konstellation die Nummer Eins sein. Offenbar nach dem Muster, der sog. *europäischen Pentarchie*,⁵ wie sie nach den napoleonischen Kriegen 1815 bis zum Ersten Weltkrieg existierte. Auch das war ein multipolares System, in dem aber England als *»primus inter pares«* (erster unter Gleichen) eine Vorrangstellung einnahm, und durch sog. »Gleichgewichtspolitik«, darunter wechselnde Allianzen, dafür sorgte, dass keiner der anderen Mächte die britische Position in Frage stellen konnte.

Vor diesem Hintergrund wird auch die spektakuläre Wende beim Ukrainekrieg verständlich. Aus MAGA ergibt sich eben auch, dass der Krieg, keine US-Kerninteressen tangiert. Er kostet viel Geld, verhindert lukrative Rohstoff-Deals mit Russland und lenkt vom Hauptrivalen China ab.

Pentarchie
statt Uni-
polarität?

3 The White House: National Security Strategy of the United States of America. Washington, November 2025. S. ii.

4 Rubio, Marco: Interview January 30, 2025, Washington D.C. https://www.state.gov/secretary-marco-rubio-with-megyn-kelly-of-the-megyn-kelly-show/?utm_source=substack&utm_medium=email.

5 Von *penta*, griechisch = fünf, d. h. ein System aus fünf Mächten: England, Frankreich, Preußen/Deutschland, Österreich-Ungarn und das zaristische Russland.

Aber auch wenn Trump nichts ferner liegt als Antimilitarismus oder Pazifismus, folgt daraus nicht, die Linie Berlins und der anderen Kriegstreiber der ›*Koalition der Willigen*‹ für die Alternative zu halten. Für sie sind die Verhandlungen ein Schlag, der ihren bellizistischen Kurs desavouiert. Sie stehen vor der Wahl, entweder einen Kompromiss zu akzeptieren, der auch Russlands Sicherheitsinteressen berücksichtigt, oder ihren ukrainischen Stellvertreter völlig ausbluten zu lassen.

Neu ist auch, dass Trump sich schmückende moralisierende Rechtfertigungen für seine Außenpolitik spart. So wird in der Nationalen Sicherheitsstrategie ausdrücklich der idealistische Messianismus abgelehnt, der als Demokratie- und Menschenrechtsimperialismus bisher immer zur US-Außenpolitik gehörte. So heißt es in der neuen Sicherheitsstrategie: »*Wir streben gute Beziehungen mit den Nationen der Welt an, ohne ihnen demokratischen oder gesellschaftlichen Wandel aufzuzwingen, der von ihren Traditionen und ihrer Geschichte abweicht.*«⁶ Das hebt sich klar vom Narrativ der »wertebasierten Außenpolitik« ab. Allerdings sind einige auch hiezulande schon dabei, sich auf die neue Lage einzustellen. So meinte Lars Klingbeil schon im Juni 2022, dass man jetzt auch mit Ländern zusammenarbeiten müsse, »*die nicht unsere Werte teilen oder sogar unsere Gesellschaftsordnung ablehnen.*«⁷

Neuer Typus von Doppelstandards

Allerdings nässt bei Trump dann ein neuer Typus von Doppelstandards durch, wie die Fälle Venezuela, Iran oder Kuba zeigen. Auch wenn *freedom and democracy* für die Außenpolitik keine Rolle mehr spielen, MAGA bedeutet für Washington, wirtschaftliche, vor allem energiepolitische Beziehungen dieser Länder zu China oder Russland zu unterbinden. Der Regime Change kommt nicht mehr als ideologischer Anspruch daher, sondern als ökonomische Strangulierung.

Ähnliche Doppelstandards gibt es beim Thema Freihandel. So heißt es zur bisherigen US-Politik, sie setze »*auf höchst fehlgeleitete und destruktive Wetten des Globalismus und den sogenannten ›Freihandel‹, die ausgerechnet die Mittelschicht und die industrielle Basis aushöhlten, auf denen die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft Amerikas beruht.*«⁸ Dem entspricht einerseits die protektionistische Zollpolitik gegen praktisch alle. Wenn aber jemand es wagt, die Transnationalen US-Konzerne der Digitalindustrie auch nur schüchtern zu regulieren, drohen sofort Sanktionen.

Hinzu kommt Trumps persönlichkeitsbedingter Stil, der zwischen Megalomanie, Polit-Kitsch, Vulgarität, Facts und Fake, partiellem Rea-

6 The White House: National Security Strategy. A. a. O., S. 9.

7 Klingbeil Lars: Der Westen hat sich lange zu sicher gefühlt. Rede zur Zeitenwende. 22.6.2022. https://www.ipg-journal.de/rubriken/auszen-und-sicherheitspolitik/artikel/lars-klingbeil-rede-zur-zeitenwende-6010/?utm_campaign=de_40_20220622&utm_medium=email&utm_source=newsletter.

8 The White House: National Security Strategy. A. a. O., S. 2.

lismus und Abstrusem schwankt. So entsteht aus Rhetorik und Praxis ein Klima großer Verunsicherung und gefährlicher Unkalkulierbarkeit im internationalen System.

Ein multipolares internationales System erfordert stattdessen einen multilateralen Rahmen und Regeln, die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit ermöglichen. Nur dann ist es ein Schritt zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen. Fehlt ein solcher Rahmen, nehmen machtpolitische Rivalität, ökonomische Konkurrenz, Wettrüsten und Instabilität zu. Weil in der europäischen Pentarchie Ende des 19. Jahrhunderts dieser Rahmen durch den aggressiven Aufstieg des preußisch-deutschen Imperialismus und die ungezügelter Rivalität der Großmächte erodierte, kam es 1914 zum Ersten Weltkrieg.

Auch die disruptive Außenpolitik der USA verschärft dramatisch die inhärenten Stabilitätsrisiken der entstehenden multipolaren Weltordnung. Aber anders als 1914 wäre ein Krieg zwischen den Großmächten angesichts ihres Atomwaffenarsenals eine existentielle Bedrohung für die ganze Menschheit.

Besonders hart ist die EU von der Verschiebung der ökonomischen Kräfteverhältnisse und der Trump'schen Außenpolitik betroffen. Der Problemdruck von beiden Seiten hat die politische Klasse, die Wirtschaftseliten und ihre medialen Sprachrohre in regelrechte Panik versetzt.

Dabei war die Lage schon vor den jüngsten Entwicklungen kritisch geworden. So hat der ehem. EZB-Chef Draghi 2024 einen Report vorgelegt, in dem er feststellt, dass die Union vor einer »*existentiellen Herausforderung*« steht.⁹ Wenn es nicht zu einem »*radikalen Wandel*« käme, würde die EU »*ihre Existenzberechtigung verlieren*«. Und seine Nachfolgerin in der EZB, Christine Lagarde, formuliert lapidar: »*Es ist eine Tatsache, dass Europa abgehängt ist.*«¹⁰

Ein repräsentatives Beispiel dafür ist die globale Verteilung der Rechenkapazitäten, von denen laut Goldman-Sachs 44 % in den USA, 26 % in China, 10 % in Europa und 3 % in Indien installiert waren (Stand Juni 2025).

Das Problem wird in Brüssel auch offiziell gesehen. So heißt es im *Kompass für Wettbewerbsfähigkeit* der EU-Kommission: »*Für mehr als zwei Jahrzehnte hat Europa nicht mit anderen großen Volkswirtschaften Schritt gehalten, weil es einen stetigen Rückstand bei Produktivitätswachstum gab.*«¹¹ Als wesentliche Ursachen werden genannt: Innovations-

Die EU –
der große
Verlierer der
Umwälzungen

9 Draghi Report, Teil A: *The future of European competitiveness. A competitiveness strategy for Europe*. Teil B: *In-depth analysis and recommendations*.

10 Le Monde, 1.11.2024, S. 14.

11 European Commission (2025): *A Competitiveness Compass for the EU*. COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE EUROPEAN COUNCIL, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS. S. 1.

schwäche, hohe Energiepreise und zu hohe Belastung der Wirtschaft durch Überregulierung.

Dabei sehen die Aussichten, aus der Krise herauszukommen, nicht gerade rosig aus. Bei den Gründen dafür steht an erster Stelle, dass die EU vom Akteurstyp nicht mit Territorialstaaten wie den USA, China etc. vergleichbar ist. Sie ist kein Staat, sondern ein Hybrid aus einer Allianz von Nationalstaaten sowie Elementen supranationaler Staatlichkeit, wie dem Binnenmarkt, den vergemeinschafteten *Politikbereichen* (Handel, Landwirtschaft), sowie Institutionen mit supranationalen Durchgriffskompetenzen wie die EZB oder der *Europäische Gerichtshof*. Das ist eine Konstruktion *sui generis*, wie es im Jargon heißt, d. h. sie ist einzigartig.

Das ist aber zugleich ein kompliziertes Schönwetterkonstrukt, das bei weitem nicht über die Handlungsfähigkeit und Effizienz eines Staates verfügt. Das komplizierte System der sogenannten *multi-level governance*, die Heterogenität der gesellschaftlichen Verhältnisse, das Fehlen eines Staatsvolks sowie das Nebeneinander von Supranationalem und nationaler Souveränität erzeugen strukturelle Fragilität. Die Problemlösungsfähigkeit eines solche Gebildes ist daher deutlich geringer.

Jetzt will Brüssel auf Biegen und Brechen zur Großmacht und eigenständigem Pol in der neuen Weltordnung werden. Der Schlüssel dazu, so glaubt man, sei militärische Stärke. »Wir werden auf unsere gesamte Politik durch die Brille der Sicherheitspolitik sehen«, so Kommissionspräsidentin von der Leyen.¹²

Dazu wurden Programme mit riesigem Finanzvolumen aufgelegt, wie *European Readiness 2030*, über 800 Mr. Euro.¹³ Die Kooperation der Rüstungsindustrie soll intensiviert werden. Das geht mit der Illusion einher, Militärkeynesianismus könnte einen substantiellen Beitrag zur Lösung der ökonomischen Probleme leisten. Gleichzeitig wird geistig aufgerüstet, mit aggressiver Russophobie und dem Versuch, so etwas wie Europatriotismus zu etablieren.

Vom Wollen und Können

Aber bekanntlich ist Wollen eine Sache, Können eine andere. Die Verwirklichung auch nur eines Teils dieser Pläne würde ein höheres Maß an Kooperation, Integration und Zentralisierung verlangen. Damit das funktioniert, wären eine Vertiefung der Integration und Souveränitätstransfers an die supranationale Ebene Brüssel notwendig.

Dem steht allerdings entgegen, dass ausgerechnet Militärisches nicht vergemeinschaftet ist. Es gehört zum harten Kern von staatlicher Souveränität, denn Krieg und Frieden sind für jedes Land von existentieller Bedeutung. Daher ist es unrealistisch, eine Übertragung nationaler

12 Von der Leyen, Ursula: *Europe's choice. Political guidelines for the Next European Commission 2024–2029*. S. 13.

13 Europäische Kommission. Presseerklärung von Präsidentin von der Leyen zum Verteidigungspaket. Statement/25/673, Brussels, 04.03.2025.

Kompetenzen an die supranationale Ebene zu erwarten. Selbst das *White Paper* zur Verteidigungspolitik vom März 2025 kommt nicht umhin, das zuzugestehen: »Die Mitgliedstaaten werden immer die Verantwortung für ihre eigenen Truppen behalten, von der Doktrin bis zur Stationierung, und für die Definitionserfordernisse ihrer Streitkräfte.«¹⁴

Daher wird die Militarisierungswelle die Widersprüche und zentrifugalen Tendenzen verstärken. Das zeigt sich u. a. schon jetzt deutlich daran, dass die deutsch-französische Achse nicht mehr funktioniert und die Rivalität zwischen Paris und Berlin um die Führung immer deutlicher wird. Gleichzeitig erhebt Polen, das sich als antirussischer Frontstaat versteht, Anspruch auf mehr Mitsprache. Hinzu kommen wachsende Differenzen über den Umgang mit den USA, zur Beendigung des Ukrainekrieges oder über die Finanzierung der Militarisierung, Stichwort *Eurobonds*.

Die wachsenden Widersprüche sind auch ein wesentlicher Grund für die Aggressivität gegenüber Russland. Die Konstruktion des Feindbildes dient als Kitt, um die internen Konflikte zu überdecken. Ein uraltes Verfahren der Krisenbewältigung.

Gleichzeitig werden als Ausweg zunehmend Problemlösungen in Form zwischenstaatlicher Zusammenarbeit versucht, mit *Koalitionen der Willigen*, *Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten*, oder wie immer die Begriffe lauten, mit denen die zentrifugalen Tendenzen bemäntelt werden.

All das bedeutet: der Anspruch der EU auf einen Platz in der ersten Liga der Großmächte ist auf Sand gebaut. Ihre Ausstattung mit den notwendigen Machtressourcen ist dafür nicht ausreichend, und ihre interne Verfasstheit dazu ungeeignet. Es ist der Versuch in einer zu hohen Gewichtsklasse zu boxen. Aber da ist das Risiko, auf den Brettern zu landen, bekanntlich sehr hoch.

Von der ökonomischen Strukturkrise der EU und dem Bruch mit Washington ist deren größte Volkswirtschaft, die deutsche, in ganz besonderem Maße betroffen. Ihr Aufstieg verdankte sie einer überdurchschnittlich starken industriellen Basis, die 2024 noch 23,4 % an der Bruttowertschöpfung betrug¹⁵ (bei Frankreich sind es nur noch 12 %) und engen Wirtschaftsbeziehungen mit den USA. Darüber hinaus waren wichtige Faktoren eine leistungsfähige Infrastruktur, – inzwischen marode – und seit den 1960er Jahren kostengünstiges Gas aus Russland, das der Industrie einen strukturellen Wettbewerbsvorteil verschaffte.

Großmacht
Deutschland?

14 European Commission. High Representative of the Union für Foreign Affairs and Security Policy (2025): *Joint White Paper for European Defence Readiness 2030*. Brüssel, S. 4.

15 STATISTA. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167247/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-in-frankreich/>.

Die Abkopplung von russischem Erdgas hat den Umstieg auf Flüssiggas erzwungen, das derzeit zu 90 % aus den USA kommt. Das führte zu einer Verdreifachung der Industriegaspreise,¹⁶ sodass sich der einstige Wettbewerbsvorteil ins Gegenteil verkehrte. Da Energiepreise strategische Preise mit gesamtwirtschaftlichen Effekten sind, wurden sie zu einem starken Treiber des Inflationsschubs nach Corona. Der Verbandschef der besonders energieintensiven Chemieindustrie erklärt kürzlich dazu: »Die Chemie steht mit dem Rücken zur Wand. Unsere Unternehmen produzieren heute 20 Prozent weniger als 2018.«¹⁷ Natürlich spielen bei solchen Statements auch immer Kapitalinteressen hinein. Schließlich wussten schon die alten Phönizier: *Klage ist des Kaufmanns Gruß*. Dennoch lässt sich der Einbruch der Wettbewerbsfähigkeit nicht leugnen.

Verschärft wird das Rohstoffproblem dadurch, dass die technologischen Umbrüche auch zu Veränderungen bei der Art der Rohstoffe führen. Für eine extrem rohstoffarmes Land wie Deutschland ein überdurchschnittlich schwieriges Problem, das sich nicht von heute auf morgen lösen lässt.

Weitreichende Folgen hat auch, dass die deutsche Industrie zu spät auf die technologische Revolution reagiert hat und zu lange auf Spitzentechnologien des 20. Jahrhunderts setzte, also Autos, Maschinenbau, Chemie. Diese Technologien haben aber ihr Innovationspotential weitgehend ausgereizt. Disruptive Innovation und damit entsprechende ökonomische Effekte sind davon nicht mehr zu erwarten. Die deutsche Autoindustrie hat ihre Spitzenstellung verloren. Damit steht ein Anteil von ca. 10 % an der deutschen Wertschöpfung vor einer ungewissen Zukunft.

Hinzu kommt jetzt noch die aggressive Zollpolitik Trumps, die jederzeit erneut zuschlagen kann, zumal der wachsende Protektionismus der EU das Risiko zukünftiger Handelskriege noch erhöht.

Aus alledem entsteht eine spezifisch deutsche Krise. Insofern ist es nicht falsch, wenn der erste Satz in der Präambel des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD lautet: »Deutschland steht vor historischen Herausforderungen.«

Dementsprechend haben die herrschenden Kräfte begonnen, altbekannte Rezepte in Stellung zu bringen, wie bereits bei der neoliberalen Wende der Nullerjahre mit »Agenda 2010« und »Hartz IV«: Steuererleichterungen und andere Fördermaßnahmen für die Wirtschaft, drastische Einschnitte beim Sozialstaat sowie Tempodrosselung beim ökologischen Umbau.

16 bdew – Verband der Energie & Wasserwirtschaft. Erzeugerpreisindizes für Haushalte und Industrie, 14.1.2026: https://www.bdew.de/media/documents/BDEW_Gaspreisanalyse_012026_5.pdf.

17 tagesschau online, 3.2.2026: Chemie-Branche in tiefster Krise seit Jahrzehnten. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/chemieindustrie-tarifrunde-auftakt-100.html>.

Neu ist allerdings die massive Militarisierung, die im Unterschied zur Wiederbewaffnung im Kalten Krieg jetzt nicht mehr durch die Einbindung in das amerikanische Empire eingehegt ist, sondern mit dem unverhüllten Anspruch auf Großmachtstatus, der dauerhaft aggressiven Konfrontation mit Russland und einer Führungsrolle einhergeht. So erklärte z. B. Außenminister Wadephul: »Wir sind bereit, in eine Führungsrolle in Europa zu gehen, Vorbild zu sein und andere aufzufordern, uns zu folgen« so.¹⁸

Dies soll materiell abgesichert werden, indem man wieder einmal die stärkste konventionelle Armee schaffen will. Die Militärausgaben sollen bis 2035 auf 5 % des BIP steigen, 3,5 % direkt für die Bundeswehr, 1,5 % für militärisch notwendige Infrastruktur wie Brücken, Straßen etc. Das wären 153 Milliarden, also das Anderthalbfache der aktuellen 62 Milliarden (2025). Finanziert werden sollen sie zu 25 % aus dem regulären Haushalt und zu 75 % durch neue Schulden, wodurch die deutsche Schuldenquote von derzeit 63 % auf etwa 92 % steigen würde.

Hinzu kommt eine mentale Militarisierung nach allen Regeln der kognitiven und psychologischen Kriegsführung. Denn wie immer ist die Aggressivität nach außen verbunden mit erhöhtem Konformitätsdruck nach innen, d. h. einer Erosion demokratischer Rechte. Es fängt damit an, dass kritische Stimmen aus dem zulässigen Diskurs ausgegrenzt werden, und geht über Zensur, wie dem Verbot der »Feindsender« *Sputnik* und *Russia today*, zur Zunahme elektronischer Überwachung und der Aufwertung des Inlandsgeheimdienstes, der den irreführenden Namen »Verfassungsschutz« trägt. Damit soll die Bevölkerung auf Kriegstüchtigkeit getrimmt und dazu gebracht werden, die Durchsetzung der Parole »Kanonen statt Butter« in die Praxis hinzunehmen.

In seinem »Lied von der Moldau« hat Bertolt Brecht 1943 unsere Zwischenüberschrift nicht als Frage, sondern als Gewissheit formuliert. Mitten in den düsteren Zeiten des Zweiten Weltkriegs wollte er damit Hoffnung und Zuversicht zum Ausdruck bringen. Schließlich hat er am Ende ja auch Recht behalten. Zumindest vorübergehend. Diese Art des »Optimismus des Herzens«, von dem Gramsci in ebenfalls düsteren Zeiten in Entgegensetzung zum »Pessimismus des Verstandes« schrieb, ist derzeit wieder gefragt. Denn der Einfluss emanzipatorischer Gegenkräfte auf den Gang der Dinge ist noch dramatisch gering, auch wenn sich erste zarte Pflänzchen zeigen, wie der Widerstand gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Natürlich gibt es auch die inneren Widersprüche des Kapitalismus, und selbst ein Donald Trump musste schon so manches Mal zurückstecken. Auch für die Mächtigen gibt es den Unterschied zwischen Wollen und Können. Nach wie vor gilt die Essenz aus einem alten Song: »Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.«

Kommen die riesigen Pläne der Mächtigen am Ende zum Halt?